

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Zukunftsgestaltung durch Innovation und Klimaschutz, Generationengerechtigkeit für Heute und Morgen, Verantwortung für Land und Kommunen

Der Strukturwandel und die Transformationsnotwendigkeit in unserem Bundesland sind mit die größten Herausforderungen für die Politik im Saarland. Dies erfordert den vollen Einsatz von Landesregierung und Parlament, ebenso aber auch die Unterstützung von Bund und Europäischer Union. Die saarländische Landesregierung schlägt zur Bewältigung dieser Herausforderungen dem Landtag des Saarlandes vor, einen schuldenfinanzierten Drei-Milliarden-Euro-Schulden-Fonds für den Strukturwandel im Saarland einzurichten.

Teufelskreis der Verschuldung gefährdet Existenz des Landes

Drei Milliarden neue Landesschulden sind weder nachhaltig noch generationengerecht. Bei steigenden Zinsen droht die Handlungsunfähigkeit des Landes ab Mitte der 2030er Jahre. Das setzt die Existenz unseres Landes aufs Spiel. Der Rechnungshof warnt eindringlich vor einem „Teufelskreis der Verschuldung“. Unumgängliche Kreditaufnahmen zur Bewältigung der Transformation der Saar-Wirtschaft müssen deshalb vom Umfang und den Rückzahlungsmodalitäten her generationengerecht ausgestaltet sein.

Generationengerechte Ausgestaltung der Notlagenfinanzierung

Das Saarland befindet sich in einer ökologisch-ökonomischen Notlage. Die Bekämpfung des Klimawandels ist für uns nicht nur eine gesetzliche Vorgabe von EU und Bund, sondern eine zentrale Pflicht mit Verfassungsrang, der wir in unserer Generation im Interesse unserer Kinder gerecht werden müssen. Eine zusätzliche Verschuldung als Ausnahme von der Regel der Schuldenbremse, die auf dieser Begründung beruht, muss jedoch mit vollständiger Konzentration auf die Bewältigung dieser außergewöhnlichen ökologisch-ökonomischen Notlage aufgebaut und so strukturiert sein, dass die Mittel tatsächlich hierfür verwendet werden.

Generationengerechte Ausgestaltung bedeutet für uns darüber hinaus, dass die Notlagenfinanzierung bis Ende des Jahrzehnts abgeschlossen sein muss. Dieser Zeitraum korrespondiert mit dem Zeitfenster, in dem die wesentlichen Investitionen in den Umbau der Saar-Wirtschaft zur Klimaneutralität angestoßen werden müssen. Unmittelbar daran anschließend wollen wir in die Rückzahlung der damit verbundenen Verschuldung einsteigen und diese bis 2050 abgeschlossen haben. Wir wollen, dass bis zu dem Zeitpunkt des Erreichens der Klimaneutralität in der EU auch die dafür eingesetzte Verschuldung abgebaut wurde. Eine schnelle Rückzahlung ist erforderlich, um die Belastung zukünftiger Generationen möglichst zu reduzieren und damit die Krisenresilienz des Landes zu bewahren.

Demokratische Legitimation der Strukturwandelentscheidungen sichern

Rechnungshof und zahlreiche Sachverständige haben in der Anhörung, die der saarländische Landtag auf Drängen der CDU-Fraktion durchgeführt hat, festgestellt, dass die von der Landesregierung vorgelegte Struktur des Sondervermögens das Budgetrecht des Landtages verletzt. Das Parlament muss auch bei der Umsetzung eines möglichen Sondervermögens entsprechend seiner Rolle als Haushaltsgesetzgeber entscheidend agieren können. Die notwendige Beteiligung des Parlaments ist dabei kein Selbstzweck. Sie dient der demokratischen Legitimation der weitreichenden Entscheidungen und reduziert damit das Risiko eines verfassungsrechtlichen Scheiterns mit der Gefahr des Verlusts von Spielräumen für die Zukunftsgestaltung im Land. Ein „Blankoscheck für die Exekutive“ widerspricht dem Demokratieprinzip. Dieses Vorgehen darf ein Parlament unter keinen Umständen verfolgen, weil es damit sich selbst und damit die Bürgerinnen und Bürger entmachtet.

Verantwortung von EU und Bund einfordern – Versprechen einlösen – Vorbildern der Vergangenheit folgen

Der Rechnungshof des Saarlandes weist zutreffend darauf hin, dass angesichts der bereits bestehenden erheblichen Verschuldung des Landes eine zusätzliche Verschuldung „nur das allerletzte Mittel“ sein darf. Es komme deshalb zunächst darauf an, Mittel von „dritter Seite“ zu gewinnen. Nach Lage der Dinge kommen nur der Bund und die EU in Betracht.

Die überproportionalen Auswirkungen der Transformation auf die saarländische Wirtschaft werden evident, wenn man sich die von der Landesregierung selbst vorgelegten Zahlen betrachtet. Die Landesregierung hat in ihrer Regierungserklärung am 14. September ausgeführt, dass das Saarland mit seiner deutschlandweit einzigartigen Branchenkonzentration in der Automobilbranche und dem Metallgewerbe einschließlich Stahl, besonders betroffen sei. Weil die These der Landesregierung richtig ist, wonach das Saarland ein „Lackmustest für das Gelingen der Transformation in ganz Deutschland“ und die Transformation im Saarland insoweit eine Aufgabe von nationalem Interesse ist, muss konsequenterweise eine starke und überproportionale Unterstützung von Bund und EU für diesen saarländischen Transformationsprozess kommen.

Dies hat die CDU von Anfang an von der Landesregierung eingefordert. Es existieren bereits Fördermöglichkeiten auf Seiten des Bundes. Der Transformations- und Klimafonds des Bundes umfasst ein Fördervolumen von 60 Milliarden Euro. Die Bundesregierung hat an anderer Stelle gezeigt, dass sie bereit ist, den regionalen Strukturwandel - ausgelöst durch die Transformation zur Erreichung der Klimaziele - mit enormen Mitteln des Bundes zu unterstützen. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung war ein Präzedenzfall: Der Bund unterstützt die vier Braunkohleregionen mit Finanzhilfen von jeweils mehreren Milliarden Euro bei ihrem Transformationsprozess. Die Bundesregierung hat in diesem Fall unter Beweis gestellt, dass sie überproportional von der Transformation betroffenen Regionen massiv mit Bundesmitteln zu helfen bereit ist. Hierfür bedarf es des politischen Einsatzes der Landesregierung. Mit Blick auf das Saarland haben die Menschen den berechtigten Anspruch, dass sich die Ministerpräsidentin dieser Aufgabe mit besonderem Einsatz widmet. Frühere Landesregierungen haben das geschafft: So hat der frühere Ministerpräsident Lafontaine zwei Teilentschuldungen für das Saarland herausgeholt. Die frühere Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat in Berlin 500 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr für das Saarland verhandelt. Das ist die Messlatte. Hieran zeigt sich, ob die Ministerpräsidentin echtes politisches Gewicht hat. Entscheidend kommt es darauf an, dass die Landesregierung Mittel von Bund und EU für den saarländischen Transformationsprozess generiert, die massiv höher als die Mittel sind, die das Saarland über allgemeine Programme von Bund und EU erhält.

Investitionen aus dem Kernhaushalt weiter steigern: Haushaltsdisziplin schafft Zukunftsspielräume

Die investiven Mittel aus dem Kernhaushalt betragen für das Jahr 2023 rund 480 Millionen Euro. Mit einer Fortschreibung dieser Größenordnung werden demnach in den kommenden zehn Jahren rund 5 Milliarden Euro aus dem Kernhaushalt in Investitionen fließen. Diese Mittel gilt es durch solides Haushalten und eine klare Prioritätensetzung zu verteidigen. Eine Auslagerung von Investitionen aus dem Kernhaushalt in das Sondervermögen unter Aufgabe einer nachhaltigen Haushaltspolitik im Kernhaushalt zu Gunsten konsumtiver Ausgaben würde die beabsichtigte Wirkung des Sondervermögens zunichte machen. Dieser Gefahr gilt es zu begegnen. Das Ziel der CDU-Landtagsfraktion ist es, durch eine am Prinzip der Generationengerechtigkeit ausgerichtete Politik der Haushaltsdisziplin bei konsumtiven Ausgaben die Investitionsquote und damit die investiven Mittel im Landeshaushalt weiter zu erhöhen. Von 2012 bis 2023 ist diese von rund 380 Millionen Euro auf rund 480 Millionen Euro gestiegen. Wenn wir den Weg der vergangenen zehn Jahre zur Steigerung der Investitionsquote weiter fortsetzen und damit mit anderen Bundesländern aufschließen, ermöglichen wir damit zusätzliche Investitionen aus dem Kernhaushalt von einer Milliarde EUR. Die vergangenen zehn Jahre haben gezeigt: Haushaltsdisziplin ist möglich und verschafft die Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Das müssen wir auch weiterhin tun.

Gründerförderung durch Saarland-Innovations-Fonds: privates Geld für den Strukturwandel aktivieren

Notwendig für den erfolgreichen Strukturwandel sind auch Innovationen. Dazu brauchen wir Unternehmensgründungen und Startups. Sie sorgen für neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze, führen zur Diversifizierung der Saarwirtschaft und sind somit der wesentliche Treiber von Strukturwandel. Gezielte Investitionen in talentierte Gründerinnen und Gründer, gezielte Investitionen in Startups geben dafür die notwendigen Impulse. Die Startups von heute sind der Mittelstand von morgen. Der Wirkungskorridor der Transformation muss breit angelegt sein. Wir wollen Gründungen im Hightech-Bereich fördern aber auch Gründung in anderen Branchen unterstützen, um den Erfolg des Strukturwandels nachhaltig zu sichern. Der Transformationsfonds der Landesregierung greift hier zu kurz, weil er Innovationsförderung nur dort ermöglicht, wo aufgrund der Begründung des Sondervermögens einen Beitrag zur Abwendung der Notlage leistet. Es muss also einen Zusammenhang zwischen dem exogenen Schock des Ukrainekriegs und der konkreten Gründerförderung geben. Damit bleiben zahlreiche Branchen und Innovationsfelder außen vor. Die SPD will Innovationsförderung ausschließlich mit öffentlichen Mitteln – und die auch noch schuldenfinanziert. Wir plädieren dafür, öffentliche Mittel durch private Mittel zu verstärken. Für uns als CDU kommt es darauf an, viel stärker als bisher privates Investitions- und Wagniskapital zu mobilisieren. Hierzu existieren ausgereifte Überlegungen der früheren Landesregierung, für die bereits für den laufenden Doppelhaushalt in gewissen Umfang Mittel eingeplant waren. Unser Vorschlag zielt auf einen Saarland-Innovations-Fonds ab, der noch in der laufenden Legislaturperiode 500 Mio. Euro Innovation durch Gründung generieren kann, indem das Land pro Jahr 25 Mio. Euro über vier Jahre aus dem Kernhaushalt bereitstellt. Mit diesen 100 Mio. Euro aus öffentlichen Mitteln können durch 400 Mio. Euro aus privaten Mitteln, also insgesamt 500 Mio. Euro für Gründungen mobilisiert werden – ein wesentlicher Schub für die Innovationsförderung im Saarland. Dies wird uns nicht gelingen, wenn wir die Ausbildung und die Akquise der Fachkräfte vernachlässigen. Sie sind es, die den Umbau der Wirtschaft vollziehen. Sie sind es, die Unternehmen erfolgreich in die Zukunft führen. Hier gilt es ein besonderes Augenmerk auf die Sicherung der Fachkräfte zu richten. Wir können uns keine zusätzliche Fachkräfteknappheit leisten, deshalb ist die Aus- und Weiterbildung eines unserer Zukunftsthemen.

Verantwortung für Land und Kommunen wahrnehmen: Kommunale Infrastruktur gemeinsam verbessern

Gerade in unseren Städten und Gemeinden besteht ein massiver Sanierungsstau im Bereich der öffentlichen Gebäude. Die saarländischen Kommunen haben die höchste Pro-Kopf-Verschuldung und die niedrigste Investitionskraft aller Kommunen in Deutschland. Diese Tatsache ignoriert die Landesregierung komplett. Kommunen und Land sind eine Schicksalsgemeinschaft. Diesem Bekenntnis müssen Taten folgen. Wir wollen von den 500 Millionen Mehr an Steuereinnahmen des Landes in 2022 die Städte und Gemeinden profitieren lassen.

Durch ein Programm „Investitionsoffensive Grundschulen“ mit 300 Mio. EUR wollen wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden den Zustand unserer Grundschulen nicht bloß energetisch zügig verbessern, sondern eine grundlegende Sanierung ermöglichen.

Der Landtag wolle beschließen:

- 1) Konzentration der Notlagekredite und generationengerechte Laufzeitverkürzung: Notlagenfinanzierung der Investitionen in den Wandel zur Klimaneutralität der saarländischen Wirtschaft zur Abwendung der ökologisch-ökonomischen Notlage – eine Milliarde für Klimaneutralität - Laufzeit bis 2030 und Rückzahlung bis spätestens 2050
- 2) Demokratische Legitimation der Notlagenfinanzierung sicherstellen. Das Parlament muss auch bei der Umsetzung entsprechend seiner Rolle als Haushaltsgesetzgeber als Entscheider agieren können. Blankoschecks für die Exekutive und eine Selbstentmachtung des Parlaments darf es nicht geben!
- 3) Zusätzliche Investitionen durch Haushaltsdisziplin: Fortschreibung der Steigerung der Investitionen im Kernhaushalt schafft Zukunftsspielräume von einer Milliarde EUR bis 2032
- 4) Verantwortung von EU und Bund einfordern – Versprechen einlösen – Vorbildern der Vergangenheit folgen: Von Anke Rehlinger erwarten wir die Einlösung des Versprechens von Bundeskanzler Scholz, das Saarland werde nicht allein gelassen. Frühere Bundesregierungen haben ihren Worten Taten folgen lassen. Oskar Lafontaine hat mit den beiden Teilentschuldungen über sechs Milliarden Euro ins Saarland geholt. Annegret Kramp-Karrenbauer konnte für das laufende Jahrzehnt zusätzlich fünf Milliarden Euro aus Berlin sichern. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, diesem Beispiel zu folgen.
- 5) Das Saarland gibt 100 Mio. Euro Landesmittel in einen Saarland-Innovations-Fonds (25 Mio. Euro über vier Jahre aus dem Kernhaushalt). Diese Anstoßwirkung der öffentlichen Mittel ist in der Lage, weitere 400 Mio. Euro an privatem Wagniskapital zu mobilisieren. Insgesamt werden durch diese Hebelwirkung 500 Mio. Euro ermöglicht.
- 6) 300 Mio. für die kommunale Infrastruktur: Land und Kommunen sind eine Schicksalsgemeinschaft – Von den 500 Millionen Euro Mehr an Steuereinnahmen in 2022 wollen wir mit den Städten und Gemeinden die Sanierung der Grundschulen realisieren. Hierzu statten wir das Programm „Investitionsoffensive Grundschulen“ mit 300 Mio. Euro aus.